

MOLDAU

Gewerkschaftsmonitor

Juni 2022

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Der Rücktritt der Regierung unter Premierminister Ion Chicu Ende 2020 – mitten in der Pandemie – stürzte die Republik Moldau im Jahr 2021 erneut in eine politische Krise. Nach zwei erfolglosen Versuchen eine neue Regierung zu wählen, gab die Präsidentin Maia Sandu die Auflösung des Parlaments bekannt und kündigte vorgezogene Neuwahlen an. Verschiedene Parteien kämpften dabei um die Macht, doch spielte sich der Wahlkampf hauptsächlich zwischen der vormals von Präsidentin Sandu geleiteten Partei der Aktion und Solidarität (PAS) und dem Wahlblock der Kommunisten und Sozialisten (BECS) ab.

Aus der Wahl am 11. Juli ging PAS mit einem Erdrutschsieg hervor. Ihr Wahlkandidat erhielt 52,8 Prozent der Stimmen – ein noch nie dagewesenes Wahlergebnis in der gesamten Parlamentswahlgeschichte der Republik Moldau. So konnte sich die Partei eine klare Mehrheit im neuen Parlament sichern. Zwei weitere Parteien sind ebenfalls ins Parlament eingezogen: BECS (27,17 Prozent) und die Partei Șor (5,74 Prozent). Bemerkenswert an diesem Ergebnis ist auch, dass zum ersten Mal in der politischen Geschichte Moldaus eine pro-europäische Partei die absolute Mehrheit im Parlament erreichte. Der Sieg der PAS bei der Parlamentswahl spiegelt dabei auch den Wahlerfolg von Maia Sandu bei der Präsidentschaftswahl im Jahr 2020 wider, die ihren Wahlkampf im Zeichen der Korruptionsbekämpfung und mit dem Versprechen von Reformen unter anderem des Justizsystems geführt hatte. Der Sieg der pro-europäischen Partei wurde von der internationalen Gemeinschaft und den Entwicklungspartnern mit dem Versprechen begrüßt, die Republik Moldau auf ihrem Weg zur europäischen Integration und bei der Umsetzung von Reformen zu unterstützen.

Mit ihrer Parlamentsmehrheit konnte PAS die neue, von Natalia Gavrilita geführte Regierung bilden, die gleich mehrere vorrangige Handlungsfelder für ihre Arbeit festlegte. Dazu

gehören die erfolgreiche Bewältigung der durch die Pandemie verursachten Gesundheitskrise, die Einleitung von Reformen zum Kampf gegen Korruption und im Justizwesen, Einkommenssteigerung und Verbesserung des sozialen Schutzes gefährdeter Bevölkerungsgruppen sowie die Wiederöffnung externer Finanzierungsquellen. Die Erreichung dieser ehrgeizigen Ziele wurde jedoch durch systemimmanente Probleme behindert, die noch aus Zeiten früherer Regierungen stammen. Ebenso erschwerten die Pandemie, die Energiekrise und nicht zuletzt die durch die russische Invasion der Ukraine verursachte Flüchtlingskrise die Bemühungen.

Im Außenpolitikbereich hat die Republik Moldau die Beziehungen zu ihren Nachbarländern und Partnerorganisationen im Westen wieder aufgenommen und verstärkt, nachdem sie unter früheren Regierungen der Partei der Sozialisten und der Demokratischen Partei aufgrund von Abweichungen von den demokratischen Prozessen von der internationalen Gemeinschaft isoliert gewesen war. So gab es eine Reihe von Treffen moldauischer Regierungsvertreter_innen mit ausländischen Partner_innen, die dem Land ihre politische und wirtschaftliche Unterstützung zusagten. Auch kündigte die Europäische Kommission den Beginn eines Programms in Höhe von max. 600 Mio. Euro zur wirtschaftlichen Erholung der Republik Moldau an. Zur Überwindung der Energiekrise stellte die EU Moldau noch weitere 60 Mio. Euro zur Verfügung. Außerdem konnte sich das Land mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) auf ein Unterstützungsprogramm mit einer Laufzeit von 40 Monaten einigen, das sich auf insgesamt 590,6 Mio. US Dollar (ca. 524 Mio. Euro) beläuft.

Fortschritte im Dialogprozess mit der Russischen Föderation stellten für Moldau jedoch eine Herausforderung dar. Nach dem Besuch von Dmitri Kosak, dem Vize-Ministerpräsidenten der Kremlin-Regierung, in Chișinău im August 2021 geriet das Land in eine schwere Energiekrise. Denn der Gas-Liefervertrag mit Gazprom war ausgelaufen und ein neuer Vertrag musste ausgehandelt werden. Ein weiteres Problem, das die Beziehung zur Russischen Föderation im Jahr 2021 prägte, ist der eingefrorene Transnistrien-Konflikt. Der Verhandlungsprozess im »5+2-Format« wurde unterbrochen und die Situa-

tion spitzte sich Ende 2021 aufgrund der Spannungen in der Region nach dem Einsatz einer großen Zahl von Streitkräften an der Grenze mit der Ukraine zu. Fünf Wochen nach der russischen Invasion der Ukraine am 24. Februar 2022 ist die Sicherheitslage Moldaus so instabil wie nie zuvor seit dem Krieg am Fluss Dnister im Jahr 1992. In Reaktion auf den moldauischen Antrag auf Beitritt zur Europäischen Union hat die Region ihrem Plädoyer für eine internationale Anerkennung ihrer Unabhängigkeit erneut Ausdruck verliehen.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Zwar konnte sich die Wirtschaft im Jahr 2021 ansatzweise erholen und auch wieder auf Fremdfinanzierung zurückgreifen, doch werden weitere Wellen der Pandemie und die Energiekrise gegen Jahresende für die wirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2022 nicht ohne Folgen bleiben. Aufgrund ihrer fast völligen Energie-Abhängigkeit von Russland leidet das Land unter hoher Inflation, Stagnation und Lieferkettenunterbrechungen.

Nach dem starken wirtschaftlichen Abschwung im Jahr 2020 (–7,4 Prozent) verzeichnete Moldau 2021 mit 9,8 Prozent die höchste BIP-Wachstumsrate der vergangenen drei Jahrzehnte. Dazu trugen vor allem die guten landwirtschaftlichen Erträge des Jahres, die besseren wirtschaftlichen Bedingungen in der Region, eine die Wirtschaft fördernde Haushaltspolitik sowie die Stabilisierung der politischen Lage bei. Zusätzlich zu den »traditionellen« wirtschaftsfördernden Faktoren in der Republik Moldau, wie beispielsweise der Konsum der privaten Haushalte, zeichnete sich daher auch ein relativ rascher Anstieg bei den Anlageinvestitionen – hauptsächlich in Maschinen und Betriebsmittel – aufseiten der Wirtschaftsakteure ab. Diese werden sowohl aus eigenen Quellen als auch mithilfe von Darlehen finanziert. Doch weist dieser Trend nicht auf eine qualitative Änderung des wirtschaftlichen Wachstumsparadigmas hin, sondern unterliegt vielmehr folgenden Faktoren: die Wiederaufnahme der im Jahr 2020 aufgrund der pandemiebedingten Einschränkungen aufgeschobenen Investitionsvorhaben, die Verschlechterung der Wirtschaftslage in der Region, die wachsende Unsicherheit angesichts der politischen Entwicklungen und nicht zuletzt auch die Dürre, die dramatische Auswirkungen auf den Landwirtschaftssektor hatte. Auch sollte nicht außer Acht gelassen werden, dass sich die wirtschaftliche Erholung, wie die Datenlage zeigt, vor dem Hintergrund eines zunehmenden Handels- und Leistungsbilanzdefizits abspielt, das auf einem stärkeren Anstieg im Importgeschäft als im Exportgeschäft beruht. Unter diesen Umständen wird das rasche und ausgleichend wirkende Wirtschaftswachstum von 2021 in den Jahren 2022–2023 weniger als Chance, sondern eher als Herausforderung zu verstehen sein. Denn zum einen ist es mit einer Zunahme makroökonomischer Ungleichgewichte verbunden und zum anderen ist es nicht von Dauer. Vielmehr ist mit einer Wachstumsverlangsamung zu rechnen, die wiederum die Durchführung des Haushaltsplans in Frage stellen könnte. Wichtig ist es daher, spürbare Fortschritte bei der Gewinnung von Investor_innen für Infrastrukturmaßnahmen und Wirtschaftstätigkeiten zu erzielen, die einen hohen Mehrwert und Exportpotenzial haben.

Im Rahmen der wirtschaftlichen Erholung stiegen die Reallohne im Jahr 2021 im Vergleich zum Vorjahr um 10,4 Prozent an und nahmen damit schneller zu als im öffentlichen Sektor. So lag der Durchschnittslohn 2021 im öffentlichen Sektor bei 8241,9 MDL (3,7 Prozent höher als 2020) gegenüber 10320,0 MDL (12,2 Prozent höher als 2020) in der Realwirtschaft. Ein wichtige Rolle für diesen Wachstumstrend bei Löhnen und Gehältern spielte der zunehmende Arbeitskräftemangel. Denn um Arbeitskräfte anzuziehen und zu binden, sehen sich Arbeitgeber gezwungen, die Löhne aktiv anzuheben.

Trotz der wirtschaftlichen Erholung konnte sich die Erwerbsbevölkerung nach dem Konjunkturrückgang in 2020 nicht ganz erholen. Während die Erwerbsbevölkerung im Jahr 2020 um 4,4 Prozent (–32800 Personen) schrumpfte, gab es im Zeitraum Januar bis September 2021 einen allerdings nur leichten Anstieg von 1,4 Prozent (+11700 Personen) im Vergleich zum Vorjahr. Zudem beschränkte sich diese sehr bescheidene Erholung auf dem Arbeitsmarkt auf den Anteil der männlichen Erwerbsbevölkerung. Die Zahl der weiblichen Erwerbstätigen hingegen stagnierte. In den ersten neun Monaten des Jahres stieg die Zahl männlicher Arbeitskräfte im Vorjahresvergleich um ca. 2,8 Prozent (+10900 Personen), während die Zahl weiblicher Arbeitskräfte unverändert blieb.

Den politischen Veränderungen in Chişinău folgten schwierige Verhandlungen zu einem neuen Vertrag mit Gazprom. Der massive Anstieg der Erdgaspreise auf den internationalen Aktienmärkten sorgte dabei für zusätzliche Komplikationen. Trotz dieser Herausforderungen konnte mit Gazprom ein Vertrag zu relativ guten Bedingungen geschlossen werden. Dieser beruht auf einer Formel, nach der sich der Preis an dem Börsengesamtpreis für Öl und Gas orientiert und zu einem Satz von 70/30 Prozent (des jeweiligen globalen Öl-/Gaspreises) in der kalten Jahreszeit und umgekehrt in der warmen Jahreszeit berechnet. Trotz des von der Regierung geschaffenen Ausgleichsmechanismus steht zu befürchten, dass die Preiserhöhungen bei Gas, Strom und Heizung schwere Folgen für Unternehmen, Haushalte und die öffentliche Verwaltung haben werden, wenn sie sich als dauerhaft erweisen sollten. Zudem gibt es trotz des neuen Vertrags mit Gazprom noch viele ungelöste Probleme bei der Energieversorgung. Dazu zählen die historischen Schulden, die Umsetzung des 3. Energiepaketes und die mangelnde Effektivität der Nationalen Energieregulierungsbehörde (ANRE). Solange diese ungelöst bleiben, bedrohen sie die Energieversorgung durch Gazprom.

Im Jahr 2021 war auch eine deutliche Verstärkung der inflatorischen Tendenzen zu verzeichnen. So lag der Anstieg der Verbraucherpreise im Januar 2021 noch bei 0,2 Prozent im Vorjahresvergleich, hatte aber im Dezember bereits 13,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr erreicht. Im Februar 2022 stieg die Inflationsrate dem Nationalen Statistikamt zufolge sogar auf 18,5 Prozent an. Maßgeblich für die Inflationsentwicklung waren eine Reihe externer Faktoren: die regionale Gasversorgungskrise, globale Lieferkettenstörungen, der weltweite Rekordanstieg von Lebensmittelpreisen. Prognosen der Wirtschaftsexpert_innen zufolge werden Verbraucherpreise

auch 2022 weiter im zweistelligen Bereich (11–17 Prozent) ansteigen. Damit gerät das Sozialversorgungssystem unter Druck und die wirtschaftliche und soziale Ungleichheit wird weiter verstärkt.

Im sozialpolitischen Bereich sind einige qualitative Verbesserungen in Reaktion auf die Gasversorgungskrise und die Pandemie zu verzeichnen. So wurde die Mindestrente von 1 188,05 MDL auf 2 000 MDL erhöht und es wurde in Rekordzeit ein Ausgleichsmechanismus zur Milderung der Auswirkungen der Gaspreiserhöhungen auf Privathaushalte und Unternehmen entwickelt. Zudem wurde ein Paket von Unterstützungsmaßnahmen im Rahmen der Pandemie bereitgestellt. Dazu gehörten: das Instrument der sog. »technischen Arbeitslosigkeit«, arbeitsfreie Tage für Eltern/Erziehungsbeauftragte bei pandemiebedingten Einschränkungen und zwei aus dem Staatshaushalt finanzierte Sonderurlaubstage nach einer Impfung.

Trotz der positiven Entwicklungen im Jahr 2021 wird der Krieg im Nachbarland in Verbindung mit der Flüchtlingskrise die Wirtschaft im Jahr 2022 schwächen, und das, obwohl sie sich noch nicht einmal von dem Schock der Pandemie und der Energiekrise erholt hat.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Das erste Jahr der Pandemie hat die Schwächen der moldauischen Gewerkschaften in Bezug auf die Verteidigung und den Schutz der Rechte und Interessen ihrer Mitglieder offenbart. Es war ihnen nicht gelungen, die Regierung davon zu überzeugen, wirksame Instrumente zur Unterstützung von Arbeitgebern und Arbeitskräften einzusetzen. Doch im vergangenen Jahr haben die Gewerkschaften ihre Bemühungen verstärkt und konnten einige spürbare Ergebnisse für ihre Mitglieder erzielen. Zwei wichtige Ereignisse spielten dabei eine entscheidende Rolle: zum einen der Regierungswechsel nach der vorgezogenen Parlamentswahl und zum anderen der Wechsel in der Führung des moldauischen Gewerkschaftsdachverbandes Ende 2021, nachdem der frühere Präsident, Oleg Budza, wegen Amtsmissbrauch abgesetzt worden war. Die Wiederaufnahme des sozialen Dialogs war insbesondere dem Regierungswechsel und der Arbeit des Ministeriums für Arbeit und soziale Sicherheit zu verdanken. Dass dieses Ministerium die Koordination der Nationalen Kommission für Konsultationen und Tarifverhandlungen (Comisia Națională Pentru Consultări Și Negocieri Colective, CNCNC) von dem zuvor dafür zuständigen Wirtschaftsministerium übernahm, erwies sich für den Dialog zwischen den Sozialpartnern als vorteilhaft. In seinem ersten Meeting nach Amtsantritt traf sich der Minister für Arbeit und soziale Sicherheit mit dem nationalen Gewerkschaftsbund und dem Arbeitgeberverband. Dabei wurde die Verbesserung des sozialen Dialogs in Moldau als eines der wichtigsten Prioritäten für den neuen Minister hervorgehoben. Zur Verfolgung dieses Ziels wurden verschiedene Maßnahmen ergriffen, wie unter anderem die Koordination der Arbeit der CNCNC, die Organisation ihres ersten Treffens nach einer dreizehnmönatigen Pause, das im Dezember 2021 stattfand, und die Wiederaufnahme regelmäßiger monatlicher Meetings der Kommission.

Erwähnenswert ist an dieser Stelle auch, dass die Sozialpartner sich auch auf die Wiederaufnahme der Arbeit des Dreiparteienausschusses auf Branchenebene geeinigt haben und ebenso auf die Einrichtung neuer, gegebenenfalls auch zweigliedriger Ausschüsse (in Branchen, in denen ein Sozialpartner nicht vertreten ist). Bei diesem Prozess bietet das Sekretariat der Nationalen Kommission ggf. methodische Unterstützung.

Der Dialog und die Zusammenarbeit zwischen dem nationalen Gewerkschaftsbund und dem nationalen Arbeitgeberverband wurden ebenfalls intensiviert. Die Vorsitzenden der beiden Verbände haben sich auf ein Programm gemeinsamer Prioritäten geeinigt. Dazu zählen die Anhebung des Mindestlohns in der Realwirtschaft, die Anhebung der Mindestrente, die Stärkung der Befugnisse der staatlichen Arbeitsaufsichtsbehörde, die Einrichtung eines Rotationssystems für den Vorsitz der CNCNC und die Organisation regelmäßiger gemeinsamer Treffen zur Besprechung dringlicher Fragen.

Ein wichtiges Ergebnis, das die Sozialpartner aufgrund der beharrlichen Bemühungen der Gewerkschaften bereits erreicht haben, ist die Entscheidung der CNCNC zur Anhebung des Mindestlohns in der Realwirtschaft von 2 935 MDL auf 3 500 MDL im Dezember 2021.

Weitere nennenswerte Erfolge, die dank des Einsatzes der Gewerkschaften erzielt wurden, sind im Folgenden aufgeführt:

- *Erhöhung des Mindestlohns* im öffentlichen Sektor von 2 000 MDL auf 2 200 MDL im Januar 2021 und eine weitere Erhöhung auf 3 100 MDL im Januar 2022.
- *Zahlung einer jährlichen Prämie* für Verdienste im Jahr 2021 an 150 000 Beschäftigte im öffentlichen Sektor. Obwohl die Regierung gesetzlich zur Zahlung der jährlichen Prämie verpflichtet ist, waren diese Ausgaben in dem Haushaltsentwurf für 2022 nicht vorgesehen. Um das zu ändern, organisierten die Gewerkschaften verschiedene Aktivitäten, wie unter anderem Treffen mit Regierungsvertreter_innen, Pressekonferenzen und Demonstrationen. So gelang es ihnen, die Zahlung der jährlichen Prämie an Beschäftigte im öffentlichen Sektor für die Jahre 2021 und 2022 zu sichern. Außerdem erklärte sich das Finanzministerium bereit, im Jahr 2022 Änderungen des Gesetzes über das einheitliche Vergütungssystem im öffentlichen Sektor einzuleiten, um vorhandene Gesetzeslücken zu schließen und faire Löhne zu sichern.
- *Anhebung der Löhne und Gehälter von Beschäftigten in öffentlichen medizinischen Einrichtungen*, die über die gesetzliche Krankenversicherung finanziert werden, um 40 Prozent für Personal in nicht medizinischen Managementpositionen und um 57 Prozent für Verwaltungs- und Hauspersonal ab November 2021.
- *Gewährung einer einmaligen Sonderzahlung* in Höhe von 16 000 MDL für medizinische Fachkräfte mit einer arbeitsbedingten Covid-19-Infektion.

- Gewährung einer einmaligen Sonderzahlung für Hinterbliebene von medizinischen Fachkräften, die aufgrund einer Covid-19-Erkrankung verstorben sind, in Höhe von 100 000 MDL.
- Erhöhung der einmaligen Geburtsbeihilfe von 8299 MDL auf 9459 MDL ab dem 1.01.2021 und auf 10068 MDL ab dem 1.01.2022.
- Erhöhung der Mindestrente von 1 188,05 MDL auf 2 000 MDL ab dem 1.10.2021.
- Einführung einer neuen Rentenkategorie – langfristige vorzeitige Altersrente – ab dem 1.01.2022.
- Zahlung eines Solidaritätszuschlags zur Rente als Pauschalbetrag ab dem 1.04.2022.
- Erhebliche Fortschritte wurden auch bei der Änderung des Gesetzes über Gelegenheitsarbeiter_innen in der Landwirtschaft erzielt, aufgrund dessen bisher alle Landarbeiter_innen von dem System der sozialen Sicherheit ausgeschlossen waren. Mit Unterstützung der FES konnten die Gewerkschaften zusammen mit den entsprechenden ständigen Parlamentsausschüssen einen neuen Gesetzentwurf erarbeiten, um die Gesetzeslücken zu schließen und soziale Sicherheit auch für Beschäftigte im Landwirtschaftssektor zu gewährleisten.
- Ein neues landesweites Programm für angemessene Arbeit für den Zeitraum 2021–2024 wurde zwischen ILO, der moldauischen Regierung und Arbeitgeber- und Arbeitnehmer_innenvertretungen vereinbart. Über die nächsten vier Jahre wollen die Unterzeichner_innen dieser Vereinbarung sich dafür einsetzen, neue Arbeitsplätze und Beschäftigungsmöglichkeiten für junge Menschen zu schaffen, angemessene Arbeitsbedingungen zu fördern, das Recht auf Arbeit zu achten und zu wahren und den sozialen Dialog zu verbessern.

Zur Unterstützung von Arbeitskräften während der Pandemie konnten die folgenden staatlichen Beihilfen durchgesetzt werden:

- Beihilfe für Beschäftigte mit Kindern im Alter von bis zu zwölf Jahren und Kindern mit Behinderungen, damit sie sich zur Betreuung ihrer Kinder im Falle von pandemiebedingten Schulschließungen frei nehmen können (max. 250 MDL pro Tag),
- Beihilfe bei krisenbedingter Arbeitslosigkeit, die unter den Bedingungen eines Ausnahmezustands, bei Belagerung und Krieg oder in einem die öffentliche Gesundheit gefährdenden Notfall eingeführt wird – die sog. technische Arbeitslosigkeit – (max. 250 MDL pro Tag),
- Entschädigung für Beschäftigte, die an Sondermaßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit und zum Schutz von Leben teilnehmen (zwei Tage je Impfung mit dem COVID-19-Impfstoff – max. 500 MDL pro Tag),
- Unterstützung für Beschäftigte, deren Tätigkeitsumfang eingeschränkt wird,
- Entschädigung für den Kauf von Medikamenten für Menschen mit milden oder mittelschweren COVID-19-Erkrankungen, die zu Hause behandelt werden können.

Zudem wurden im Jahr 2021 neue Tarifverträge in den Bereichen soziale Dienste, Warenproduktion, Bildung und Erziehung, Wissenschaft und im Bausektor geschlossen. Insgesamt wurden auf Branchenebene 20 neue Tarifverträge unterzeichnet. Des Weiteren gab es Änderungsvereinbarungen und Tarifvertragsabschlüsse in den Bereichen Gas, Landwirtschaft, Bildung und Erziehung, Forschung und Kultur. Weniger erfolgreich waren die Gewerkschaften jedoch bei anderen Anliegen, für die sie sich ebenfalls eingesetzt haben. So konnte die Schaffung eines Lohngarantiefonds zum Schutz der Forderungen von Beschäftigten bei Zahlungsunfähigkeit eines Unternehmens nicht durchgesetzt werden. Auch in Bezug auf die Einführung eines vereinfachten Verfahrens zur Anerkennung von Gewerkschaftsorganisationen als juristische Person gab es keine nennenswerten Fortschritte. Gleiches gilt im Hinblick auf ein vereinfachtes außergerichtliches Verfahren zur Lösung von Arbeitskonflikten.

GEWERKSCHAFTEN IN DER REPUBLIK MOLDAU – FAKTEN UND DATEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Noch vor nicht allzu langer Zeit – bis zum Zerfall der Sowjetunion – gehörten die moldauischen Gewerkschaften zum gesamtsovjetschen Gewerkschaftssystem. Die sowjetischen Gewerkschaften galten als Grundpfeiler des Einparteiensystems, waren politisch untergeordnet und dienten dem Staat zur Ausübung seiner Kontrolle über Arbeiter_innen und die Gesellschaft. Daher waren sie weniger als genuine Gewerkschaften wie in einer Marktwirtschaft, sondern eher als ein staatliches Instrument zu verstehen und kamen in der Praxis einem gigantischen bürokratischen Apparat im Dienste der Kommunistischen Partei gleich. Sie kümmerten sich um die Erhebung der Mitgliederbeiträge und organisierten das Leben ihrer Mitglieder rund um den Arbeitsplatz, wie zum Beispiel ihre Unterbringung, ihren Anfahrtsweg zur Arbeit, ihren Urlaub, die Kinderbetreuung, Betriebskantinen und vieles mehr. Da die Festlegung der Löhne staatlich geregelt wurde und der Arbeitsplatz immer garantiert war, gehörten Tarifverhandlungen, Arbeitsplatzsicherung oder gar die Organisation von Streiks nicht zu den Aufgaben der Gewerkschaften.

Als die Republik Moldau nach dem Zerfall der Sowjetunion im Jahr 1991 ihre Unabhängigkeit erlangte, wurden auch die Gewerkschaften in politischer und rechtlicher Hinsicht unabhängig. Sie erbten automatisch – abgesehen von einer eindeutig sowjetischen Organisationskultur – eine enorme Zahl von Mitgliedern (ca. 1,5 Mio.) und einen wichtigen Grundstock an Vermögenswerten wie Sanatorien, Hotels und Ferienanlagen. Um diese Vermögenswerte drehte sich schon

bald das korrupte Verhalten einiger Gewerkschaftsführer_innen. So kamen durch investigativen Journalismus eine Reihe von illegalen Transaktionen und Fällen persönlicher Bereicherung ans Licht. Der Übergang von einer Planwirtschaft zu einer post-sowjetischen Marktwirtschaft stellte Gewerkschaften vor neue Herausforderungen, darunter vor allem die Vertretung der Arbeitnehmer_innen in Tarifverhandlungen. Die Übernahme von Aufgaben wie Lohnfindung und die Mitgestaltung arbeitnehmerfreundlicher wirtschafts- und sozialpolitischer Programme ging nur schleppend voran und war wenig effizient, da die Gewerkschaften dazu weder fähig noch bereit waren. Zuzuschreiben war diese mangelnde Bereitschaft zum Teil ihrem korrupten Verhalten und der damit verbundenen politischen Abhängigkeit. Zudem erschwerte das sowjetische Vermächtnis im Hinblick auf das traditionelle Verständnis der Rolle von Gewerkschaften deren Umwandlung in eine echte Arbeiter_innenbewegung. Das letzte Wort bei der Regelung der Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit hat nach wie vor der moldauische Staat. Die Gewerkschaften haben daher trotz der vorhandenen Plattformen für den sozialen Dialog nur begrenzte Möglichkeiten und Befugnisse der Einflussnahme auf politische Strategien und den Lohnfindungsprozess.

DIE GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

Folgende Aspekte kennzeichnen die Organisation der Vertretung von Arbeitnehmer_inneninteressen in der moldauischen Gewerkschaftsbewegung: a.) Es gibt nur einen Gewerkschaftsdachverband. Dies scheint bei einem kleinen Land wie Moldau durchaus vorteilhaft zu sein, da so eine stärkere Vertretung der Gewerkschaften im dreidimensionalen Sozialdialog zwischen Gewerkschaften, Arbeitgebern und der Regierung sichergestellt ist. b.) Aufgrund der Zentralisierung der Ressourcen und Verhandlungsstärke auf der Ebene der Branchenverbände sind deren Arbeit und die Aushandlung sektoraler Tarifvereinbarungen besonders wichtig. c.) Auf Betriebsebene spielen Gewerkschaften eine relativ unbedeutende Rolle und ihre Verhandlungsmacht ist gering. Daher werden in Betriebsvereinbarungen zumeist nur die auf höherer Verhandlungsebene vereinbarten Bestimmungen umgesetzt, ohne den Arbeitnehmer_innen zusätzliche Rechte und Garantien zu bieten.

Im Jahr 2021 gehörten zu dem moldauischen Gewerkschaftsdachverband, CNSM, 24 Branchengewerkschaften (gegenüber 25 im Jahr 2019) und es gab laut CNSM insge-

Tabelle 1
Die wichtigsten Gewerkschaftsdachverbände in der Republik Moldau

Dachverband	Vorsitz und stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Confederația Națională a Sindicatelor din Moldova, CNSM (Nationaler Gewerkschaftsbund der Republik Moldau)	Vorsitz: Igor Zubcu Stv. Vorsitz: Sergiu Sainciuc, Mihail Hincu, Petru Chiriac	330000	IGB, AGB (GUS-Staaten)

Tabelle 2
Die wichtigsten Branchenverbände bzw. Einzelgewerkschaften in der Republik Moldau

Branchenverband / Gewerkschaft	Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Sindicatul Educației și Științei din Republica Moldova, SES (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft)	CNSM	Vorsitz: Genadie Donos, Stv. Vorsitz: Nadejda Lavric	106277	BI
Sindicatul »Sănătatea« (Gewerkschaft im Gesundheitswesen)	CNSM	Vorsitz: Aurel Popovici	37028	IÖD
Federația Sindicatelor de Construcții și Industria Materialelor de Construcții »SINDICONS« din Republica Moldova (Baugewerkschaft)	CNSM	Vorsitz: Victor Talmaci	4083	BHI
Federația Națională a Sindicatelor din Agricultură și Alimentație »Agroindsind« (Nationaler Gewerkschaftsverband der Landwirtschaft)	CNSM	Vorsitz: Vasile Mamaliga Stv. Vorsitz: Leonid Palii, Iurie Pojoga	34069	–
Federația Sindicatelor Angajaților din Serviciile Publice SINDASP (Verband der Arbeitnehmer_innen im Sozialen Dienst)	CNSM	Vorsitz: Vlad Cantir	27951	IÖD, EGÖD
Federația Sindicatelor din Comunicații, FSC (Verband der Kommunikationsgewerkschaften)	CNSM	Vorsitz: Ion Pirgaru Stv. Vorsitz: Elizaveta Iurcu	14021	UNI, IndustriAll

samt ca. 330000 Mitglieder bei einer Frauenquote 58 Prozent. Für Frauen und junge Geschwertschafter_innen gibt es innerhalb des CNSM eigene Organisationen. Der Vorsitzende des CNSM, Igor Zubcu, und seine drei Stellvertreter, Sergiu Sainciuc, Mihail Hincu und Petru Chiriac, bilden die Führungsspitze des CNSM. Seit Februar 2010 ist der CNSM Mitglied des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) und auch des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes (AGB) der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS). Alle fünf Jahre findet ein Kongress des CNSM statt, auf dem der/die Vorsitzende sowie die Mitglieder des Rates und die Führungsgremien gewählt werden. Diese entscheiden über die Aufgaben der satzungsmäßigen Organe und die von ihnen durchzuführenden Programme. Der nächste Kongress soll im Juni 2022 stattfinden.

In den vergangenen 29 Jahren sind die Mitgliederzahlen in den Gewerkschaften der Republik Moldau laut eigenen Angaben stark zurückgegangen – von 1,5 Millionen im Jahr 1993 auf 568375 im Jahr 2007, 397536 im Jahr 2015 und 330000 in 2021. Das liegt zum einen an dem allgemeinen Rückgang der Zahl der Beschäftigten in der Republik Moldau und der anhaltend hohen Migrationsrate, zum anderen aber auch an dem Ausscheiden von Mitgliedern aufgrund des Misstrauens in der Öffentlichkeit gegenüber Gewerkschaften und ihrer geringen Wirkungskraft. Der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zufolge betrug die Gewerkschaftsdichte in der Republik Moldau im Jahr 2016 23,9 Prozent und der tarifliche Deckungsgrad wurde auf 43 Prozent geschätzt. Obwohl die ILO-Daten auf eine relativ stabile Situation hindeuten, ergibt sich aus Interviews mit Gewerkschaften Grund zur Besorgnis. Denn demnach ist der Organisationsgrad im Privatsektor extrem niedrig und in einigen Branchen stark rückläufig, sodass einige Gewerkschaftsverbände sogar in ihrem Fortbestand gefährdet und zum Zusammenschluss gezwungen sind. Zudem sind ein Rückgang der Zahl der Betriebsvereinbarungen sowie Störungen in der Funktionsweise des sozialen Dialogs zu verzeichnen.

Die Industriegewerkschaften umfassten im Jahr 2019 laut Angaben des CNSM nur noch rund 6000 Basisorganisationen gegenüber 7200 im Jahr 2014. Die größte Gewerkschaftsdichte von Gewerkschaftsverbänden ist in öffentlichen Sektoren festzustellen, wie zum Beispiel in den Bereichen Erziehung und Wissenschaft, Gesundheitswesen und Öffentliche Dienste, aber auch in der Landwirtschaft, in der Lebensmittelverarbeitung und im Baugewerbe. Auch die Zahl der Tarifverträge ist im öffentlichen Sektor am höchsten (ca. 80 Prozent).

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Wichtige Gesetze, die Gewerkschaftsrechte und den sozialen Dialog regeln, sind Artikel 42 der Verfassung, das Gesetz über die Regierung, das Gewerkschaftsgesetz, das Arbeitgebergesetz, das Gesetz über die Organisation und Funktionsweise der Nationalen Kommission für Konsultationen und Tarifverhandlungen und der sektoralen und territorialen Kommissionen für Kollektivkonsultationen und Tarifverhandlungen so-

wie das Arbeitsgesetzbuch. Die Gesetzgebung der Republik Moldau zu Gewerkschaften stimmt weitgehend mit den Normen der ILO zu Vereinigungsfreiheit überein.

Die moldauische Regierung hat 43 ILO-Übereinkommen und 1 Protokoll der ILO ratifiziert, zwei Übereinkommen wurden gekündigt. Zuletzt wurde im Mai 2021 ein Übereinkommen ratifiziert: Nr. 161 über betriebsärztliche Dienste, das im Mai 2022 in Kraft treten wird. Im Rahmen des Assoziationsabkommens mit der EU ist die Republik Moldau zur Umsetzung und Durchführung von 39 EU-Richtlinien verpflichtet. Acht dieser Richtlinien beziehen sich auf das Arbeitsrecht und 25 Richtlinien auf Arbeitsschutz. Bei sechs Richtlinien geht es um die Themen Antidiskriminierung und Geschlechtergleichstellung. Bisher haben die moldauischen Behörden 27 EU-Richtlinien in nationales Recht umgesetzt. Davon betreffen sieben das Arbeitsrecht, 17 den Arbeitsschutz und drei beziehen sich auf Antidiskriminierung und Geschlechtergleichstellung.

In Bezug auf das Arbeitsumfeld sind die Gewerkschaften theoretisch unabhängig. Sie können ihre Aktivitäten frei organisieren und haben auch ein Streikrecht. Es gibt jedoch Einschränkungen für Arbeitnehmer_innen in den Bereichen Gesundheitswesen, Energie- und Wasserversorgung, Telekommunikation, Flugverkehr, Verteidigung, öffentliche Ordnung und Rechtsordnung sowie für bestimmte Kategorien von Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Stark behindert wird die Arbeit der Gewerkschaften durch die anhaltende politische Instabilität, die den sozialen Dialog auf nationaler Ebene erschwert und tripartite Verhandlungen behindert. Dies gilt auch für den sozialen Dialog auf sektoraler Ebene unter Einbeziehung von Regierungsvertreter_innen. Eine weitere Schwierigkeit auf dieser Ebene ist die unzureichende Repräsentation von Arbeitgeberverbänden, die es in vielen Sektoren nicht gibt. Die schwache Arbeitgebervertretung wirkt sich auch an der Basis im Betrieb aus, wo mangelnde Kapazitäten und geringe Verhandlungsstärke aufseiten der Arbeitnehmer_innenvertretung die Situation weiter verschlechtern.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE Kernaufgaben

In der Republik Moldau gibt es zwei rechtlich anerkannte Formen der Arbeitnehmerorganisation: Gewerkschaften und gewählte Arbeitnehmer_innenvertretungen. Doch in der Praxis sind Gewerkschaften die einzige Organisationsform. Der soziale Dialog in der Republik Moldau findet auf nationaler, sektoraler und betrieblicher Ebene statt, die alle drei miteinander verbunden, aber doch klar abgegrenzt sind. Besonders aktiv sind die Gewerkschaften aufgrund der Konsolidierung und Zentralisierung von Ressourcen und Kompetenzen auf nationaler und sektoraler Ebene. Hier ist eine gewisse Parität der Arbeitsbeziehungen festzustellen, während sich auf Betriebsebene das Arbeitgeber-Gewerkschaften-Verhältnis zumeist zu Gunsten der Arbeitgeber verschiebt. Der soziale Dialog auf nationaler und sektoraler Ebene ist in der Regel ein tripartiter Dialog, in dem die Regierung und die sektoralen Ministerien eine zentrale Rolle spielen. Dadurch gerät der

Dialog oft ins Stocken, da politische Krisen und Veränderungen in der Regierung dreiseitige Gespräche und Konsultationen nicht nur erschweren, sondern zum Teil ganz unmöglich machen.

Auf nationaler Ebene findet der soziale Dialog zwischen den drei Parteien in der Nationalen Kommission für Konsultationen und Tarifverhandlungen (CNCNC) statt, die aus Regierungs-, Gewerkschafts- und Arbeitgebervertreter_innen besteht. Dabei übernimmt die Regierung jedoch eine zentrale Rolle, da sie sowohl den Vorsitz innehat als auch das Sekretariat besetzt. Obwohl in den Rechtsvorschriften mindestens eine CNCNC-Sitzung pro Monat vorgesehen ist, haben diese Sitzungen tatsächlich viel seltener stattgefunden. Im Jahr 2015 gab es nur eine Sitzung, in 2016 acht, in 2017 fünf und in 2018 sechs. Nach einer fast zwölfmonatigen Pause gab es 2019 nur eine einzige Sitzung, im Jahr 2020 tagte die Kommission viermal und 2021 nur einmal.

Ein gravierendes Problem für den CNSM ist zudem die wachsende Bedeutung von Arbeitgeberverbänden im bilateralen Dialog mit der Regierung zur Förderung ihrer eigenen Interessen zum Nachteil der Arbeitnehmer_inneninteressen. Wie in einer Analyse der FES Moldau verdeutlicht wurde, konnte der dem Ministerpräsidenten unterstellte Wirtschaftsrat, der als eine beide Parteien vertretende Dialogplattform (Lobby-Organisation) zwischen der Regierung und den Unternehmensverbänden fungiert, eine Reihe von Änderungen des Arbeitsrechts durchsetzen. Dabei schloss dieser Rat die Gewerkschaften von den Konsultationen aus und trat praktisch an die Stelle der CNCNC. Dennoch haben alle drei Parteien – Gewerkschaften, Arbeitgebervertretungen und die Regierung – in jüngster Zeit eine Reihe von Kollektivvereinbarungen auf nationaler Ebene zu spezifischen Themen geschlossen, wie zum Beispiel Arbeitszeit und Ruhepausen, Muster-Tarifvertrag, garantierter Mindestlohn in der Realwirtschaft und Kriterien für Massenentlassungen. Da es keine öffentlich zugängliche konsolidierte Version gibt, sind die Tarifvereinbarungen aufgrund ihrer Vielfalt nur begrenzt anwendbar und wirksam, besonders in Betrieben ohne Gewerkschaftspräsenz. Im Gegensatz zu nationalen Tarifvereinbarungen, die jeweils bestimmte Themenbereiche regeln, decken sektorale Tarifvereinbarungen die ganze Bandbreite der Mindestvorschriften zu Arbeitnehmer_innenrechten für den jeweiligen Sektor ab. Im Jahr 2021 gab es insgesamt 20 registrierte sektorale Tarifvereinbarungen in der Republik Moldau für die folgenden Sektoren: Öffentliche Dienste, Erziehung, Gesundheitswesen, Forstwirtschaft, Abwasserwirtschaft, Verteidigung, Katasterwesen, Landwirtschaft und Nahrungsmittelindustrie, Handel, Kommunikation, Bauwesen, Kultur, Transportunternehmen und Straßenverkehr, Energie und Leichtindustrie. Doch gibt es für einige wichtige Branchen der nationalen Wirtschaft wie zum Beispiel die Bahn, den Luftverkehr und die Hotel-Restaurant-Catering Branche keine Branchentarifvereinbarungen. Sektorale Tarifvereinbarungen beschränken sich oftmals auf die Wiederholung der durch geltendes Recht vorgegebenen Mindestvorschriften und bieten keinen zusätzlichen Mehrwert. Auch die damit eingeführten Vergütungssysteme beruhen auf dem von der Regierung vorgegebenen Mindestlohn. Einer Studie des Jahres 2016 zufol-

ge sind 85 Prozent der Regelungen dieser Verträge »null und nicht und wiederholen lediglich die arbeitsrechtlichen Bestimmungen«. Sektorale Tarifvereinbarungen haben daher eine geringere Wirkung, als ihnen der Rechtsrahmen durch die Festlegung von Mindestvorschriften erlaubt.

Tarifverträge auf Betriebsebene müssen seit Inkrafttreten von Gesetz Nr. 205/2015 nicht mehr zwingend bei dem örtlichen Arbeitsaufsichtsamt gemeldet werden. Daher ist die Zahl der vorhandenen Betriebsvereinbarungen in der Republik Moldau schwer abzuschätzen, zumal die staatliche Arbeitsaufsichtsbehörde nur die Zahl der im jeweiligen Jahr registrierten Betriebsvereinbarungen veröffentlicht, nicht aber die Zahl aller gültigen Betriebsvereinbarungen, deren Laufzeit oft mehrere Jahre beträgt. Dennoch ist der rückläufige Trend von Betriebsvereinbarungen unverkennbar. So wurden im Zeitraum 2017–2018 nur 1183 neue Vereinbarungen gegenüber 2111 im Zeitraum 2015–2016 gemeldet – ein Rückgang von 44 Prozent. Seit 2014 ist ein deutlicher und anhaltender Rückgang bei Tarifverhandlungen auf Betriebsebene festzustellen. Zudem reflektiert die Gesamtzahl der bei der staatlichen Arbeitsaufsichtsbehörde registrierten Betriebsvereinbarungen nicht die Situation in den Sektoren der Realwirtschaft. Denn ungefähr 80 Prozent aller Betriebsvereinbarungen werden in den öffentlichen Sektoren geschlossen und betreffen die Bereiche öffentliche Verwaltung, soziale Sicherheit, Erziehung, Gesundheitswesen und Sozialhilfe. In den anderen Sektoren gibt es nur sehr wenige Betriebsvereinbarungen und der Trend ist seit einigen Jahren – mit 213 Vereinbarungen im Jahr 2015 und 123 im Jahr 2018 – stark rückläufig. Im Jahr 2021 wurden nur sechs Betriebsvereinbarungen in der Fertigungsindustrie neu registriert gegenüber 22 im Jahr 2018. Im Bankensektor gab es drei neue Vereinbarungen und im Bahnsektor nur eine. Diese extrem niedrige Zahl an Betriebsvereinbarungen in der Wettbewerbswirtschaft lässt sich dadurch erklären, dass es keine gesetzliche Pflicht zum Abschluss solcher Vereinbarungen gibt und die Position der Gewerkschaften auf Betriebsebene relativ schwach ist. Zumeist wiederholen die auf Betriebsebene geschlossenen Tarifverträge einfach automatisch die Bestimmungen, die schon in den Branchentarifverträgen festgelegt sind. Daher sind Betriebsvereinbarungen in der Realwirtschaft ein viel zu wenig genutztes Instrument und ihr Beitrag zur Verbesserung der Situation von Arbeitnehmer_innen auf nationaler Ebene ist sehr gering.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Mit dem kontinuierlichen Rückgang ihrer Popularität haben die moldauischen Gewerkschaften in den letzten fünfzehn Jahren auch an Glaubwürdigkeit und Einfluss verloren. Hauptgründe dafür sind ihre Ineffizienz, der Verlust ihrer Unabhängigkeit und die mangelnde Integrität einiger Vertreter_innen der Führungsebene. Im Laufe der Jahre hat sich die gewerkschaftliche Führungsspitze politisch von den Regierungsparteien, vor allem der Kommunistischen, der Sozialistischen und der Demokratischen Partei Moldaus, beeinflussen lassen. So wurden die Gewerkschaften als Wahlkampfinstrument und zur Förderung der Ziele dieser politischen Parteien genutzt. Auch haben das Ansehen und die Glaubwürdigkeit der Ge-

werkschaften unter den durch investigativen Journalismus aufgedeckten Integritätsproblemen einiger Gewerkschaftsführer_innen gelitten. Skandale wie der, in den der ehemalige Vorsitzende der Gewerkschaft AGROINSIND und sein Stellvertreter verwickelt waren, die beide wegen Amtsmissbrauch und Veruntreuung von Geldern verurteilt wurden, haben ihnen ebenso geschadet. Ende 2021 wurde der seit 2007 amtierende Präsident des CNSM unter dem Vorwurf der betrügerischen Verwendung von Gewerkschaftsgeldern und -eigentum seines Amtes enthoben. Zur Untersuchung der ihm vorgeworfenen Vergehen wurde ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss einberufen, der Verbindungen der CNSM-Führungsspitze mit dem moldauischen Bankenbetrugsskandal des Jahres 2014 aufdeckte.

In der Corona-Pandemie sind die Schwäche und Ineffizienz der Gewerkschaften noch deutlicher hervorgetreten. Denn sie haben sich als unfähig erwiesen, tragfähige Lösungen zur Abschwächung der Auswirkungen der Pandemie auf ihre Mitglieder zu bieten. So war ihr Antrag an die Regierung im ersten Jahr der Pandemie auf finanzielle Unterstützung im Falle technischer Arbeitslosigkeit sehr schwach formuliert und sie haben nichts unternommen, um ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen. Kritisiert wurde auch die Empfehlung der Gewerkschaften, Arbeitnehmer_innen für die Dauer des Notstandes unbezahlt freizustellen. Der CNSM setzte die Empfehlung sogar für seine eigenen Mitarbeiter_innen in die Tat um und ließ fast alle für einen Monat beurlauben mit einer anschließenden »Ruhephase« der Arbeitsverträge, in der sie nur noch 75 Prozent ihres Grundgehaltes und 50 Prozent ihres normalen Gehaltes erhielten. Später stellte sich heraus, dass diese Schwierigkeiten bei der Zahlung der Gehälter des CNSM-Personals auf die missbräuchliche Verwendung von Gewerkschaftsgeldern durch die CNSM-Führungsspitze zurückzuführen war, was zur Absetzung des Präsidenten des CNSM führte.

In Bezug auf die weitere Flexibilisierung der Arbeitsbeziehungen und Einschränkung der Arbeitnehmer_innenrechte ist es den Gewerkschaften nicht gelungen, entsprechende Änderungen des Arbeitsgesetzbuches zu verhindern und so die Interessen ihrer Mitglieder zu schützen. Selbst bei ihren Schwerpunktthemen – wie die Festlegung eines einheitlichen Mindestlohns für die Gesamtwirtschaft, der Kampf gegen die informelle Wirtschaft und Schwarzarbeit sowie die Stärkung der Rolle von Betriebsvereinbarungen – haben die Gewerkschaften nichts erreicht. Jedoch ist es dem CNSM gelungen, die Funktionsweise der staatlichen Arbeitsaufsichtsbehörde zur Überwachung des Arbeitsschutzes und Untersuchung von Arbeitsunfällen wiederherzustellen. Dies ist ein wichtiger Schritt zur Sicherstellung der funktionellen Integrität der staatlichen Arbeitsaufsichtsbehörde in Übereinstimmung mit internationalen Arbeitsnormen. Ein weiterer wichtiger Erfolg ist der Beitrag der Gewerkschaften zur Ratifizierung des ILO-Übereinkommens Nr. 161 zu arbeitsmedizinischen Diensten durch das moldauische Parlament – ein Ergebnis, das jahrelange Bemühungen erforderte. Hervorzuheben ist auch der Beitrag des CNSM zur Anhebung des Mindestlohns in der Realwirtschaft von 2935 MDL auf 3500 MDL. Diesen weiteren wichtigen Erfolg konnte der CNSM Ende 2021 erzielen. Er ist das Ergebnis

einer gezielten Kampagne des CNSM, die von der FES unterstützt wurde. Sie endete im Dezember 2021 mit einer positiven Entscheidung der Sozialpartner im Rahmen des ersten Treffens der Nationalen Kommission für Konsultationen und Tarifverhandlungen. Die Herausforderung besteht nun darin, eine Anhebung des Mindestlohniveaus im öffentlichen Sektor durchzusetzen und für einen einheitlichen Mindestlohn in der Gesamtwirtschaft zu sorgen. Als nächsten Schritt haben die Gewerkschaften eine weitere Erhöhung des Mindestlohns im Jahr 2022 bereits mit ihren Sozialpartnern diskutiert. Damit soll dieser auf das Niveau der vor Kurzem erhöhten Mindestrente oder auf ein Niveau von 50–60 Prozent des Durchschnittslohns in der Wirtschaft angehoben werden. Das entspricht den Empfehlungen der überarbeiteten Europäischen Sozialcharta zur Einhaltung des Grundsatzes »Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit«, insbesondere im Hinblick auf die Gleichstellung von Männern und Frauen.

Trotz dieser positiven Beispiele der Gewerkschaftsarbeit bleibt das Vertrauen in die Gewerkschaften in der Allgemeinheit und selbst unter ihren Mitglieder weiterhin gering. So zeigt das Stimmungsbarometer, dass 61 Prozent der Befragten kein Vertrauen und nur 15,6 Prozent etwas Vertrauen in die Gewerkschaften haben. Nur für das Parlament und politische Parteien sind die Vertrauenswerte noch geringer. Eine Umfrage unter Beschäftigten zur Einschätzung ihrer Lage hat ergeben, dass sie Gewerkschaften keine große Bedeutung beimessen, wenn es um den Schutz von Arbeitnehmer_innenrechten und die Erhöhung ihrer Einkommen geht. Daher ist eine Reform der Gewerkschaften zur Verbesserung ihrer Wahrnehmung in der Öffentlichkeit und zur Vertrauensbildung unter ihren Mitgliedern dringend erforderlich. Sie müssen von politischen Akteuren unabhängig werden und eine aktive Rolle bei der Politikgestaltung zum Nutzen ihrer Mitglieder spielen.

Liliana Palihovici, Präsidentin des »Institutum Virtutes Civilis«, Chisinau

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Globale und Europäische Politik | Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:
Dr. Marc Meinardus
Gewerkschaftsprogramme Europa und Nordamerika
marc.meinardus@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.